

# „Männer sitzen anders“

*Die Stühle für die Aula am Werreanger seien für Frauen unbequem, kritisiert die FWG*

Von Wolfgang Becker

**Der Streit um die Bestuhlung der Aula am Werreanger geht weiter. Es sei ein Planungsfehler, dass ausschließlich Männer die Stühle ausgewählt hätten, meint FWG-Fraktionschefin Angelika Richter.**

**Lage.** Die Stühle seien für Frauen völlig ungeeignet, kritisierte Richter im öffentlichen Teil der jüngsten Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung. Die Sitzflächen drückten in die Kniekehlen und seien daher unbequem. Auch könne sie nicht verstehen,

warum Architekt Paul-August Stüker dem Gremium, das die Stühle testete, angehört habe. Dazu komme, dass besagte Firma aus Lemgo den Ausschreibungstext viel früher als die Mitbewerber erhalten habe.

Bürgermeister Christian Liebrecht unterstrich, dass er sich aus dieser Arbeitsgruppe völlig herausgehalten habe. Sein Stellvertreter und Erster Beigeordneter Thorsten Paulussen wollte sich im öffentlichen Teil nicht dazu äußern. „Aber Sie können doch die Frage beantworten, warum keine Frau dem Auswahlgremium

angehörte“, warf daraufhin Anton Volk von der BBL ein. „Das können wir selbst beurteilen“, erklärte daraufhin knapp der Erste Beigeordnete, worauf Richter entgegnete, dass ein

---

»Auswahlkriterien nicht in Ordnung«

Angelika Richter

---

Mann dies eben nicht könne. „Männer sitzen anders. Frauen haben kürzere Oberschenkel.“ Die Antwort des Bürgermeisters folgte prompt: „Ich habe

noch nichts davon gehört, dass es besondere Stühle für Männer und Frauen gibt.“ Auch seine ehrenamtliche Stellvertreterin Irmgard Eberhard (CDU) argumentierte ähnlich. SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Dargatz bezeichnete die Diskussion als „unfassbar“. „Das Thema ist ins Lächerliche gezogen worden. Ich habe nur gesagt, dass die Auswahlkriterien nicht in Ordnung sind,“ meinte Angelika Richter.

In der Sitzung wurde auch noch Substanzielles beschlossen: Das Gremium bewilligte zusätzliche Mittel für Kinder-

Tageseinrichtungen. Knapp 47 000 Euro sind für gesetzlich erforderliche Maßnahmen in Einrichtungen von Trägern freier Jugendhilfe erforderlich, über 67 000 Euro für freiwillige Betriebskostenzuschüsse. Wie Fachgruppenleiter Klaus Landrock erläuterte, zieht der Ausbau von Betreuungsangeboten höhere Kindpauschalen und somit auch höhere Betriebskostenzuschüsse nach sich. Weiterhin wurden mit einigen freien Trägern neue Verträge für die Zahlung der freiwilligen vertraglichen Leistungen abgeschlossen.